

Drei Regeln für ein Wachstum

Ausführungen von Christian Wanner, Präsident FDK
Rotary Club Grenchen, 20. Juni 2012, Grenchen

Die Schieflage der Wohlfahrtsstaaten...

Zur Schilderung der **Herausforderungen** lasse ich Schlagzeilen aus einer einzigen Ausgabe der NZZ, jener vom 17. Januar 2012, sprechen:

„Standard and Poors stuft Euro-Schirm auf AA+ zurück“ - „Sarkozy lässt Gipfel in Rom platzen“ - „Griechenland-Umschuldung: Milliardenpoker am Rande des Abgrunds“ - „Bankenregeln in der Kritik“ - „Frankreichs erschütterter Status“ - „Wachsende Sorgen über Euro-Schwäche in Japan“; „Wieder deutlich mehr Staatstitel bei der EZB“ - „Baselbieter Not trübt Partnerschaft mit Basel: Der Kanton Basel-Landschaft – einst Musterknabe in finanzpolitischen Fragen – muss dringend und massiv sparen, was in Basel-Stadt gemischte Gefühle auslöst“ „Schweizer Hypozinsen weiter im Sinkflug“ - „Die zweite Säule steht auf der Kippe – Viele offene Rechnungen werden in der beruflichen Vorsorge auf den Steuerzahler zurückfallen“

Zur Abrundung enthielt diese NZZ eine Aufnahme des Luxus-Schiffes „Costa Concordia“. Ist das ein Sinnbild für unsere Wohlfahrtsstaaten, die aus genussüchtiger und finanzpolitischer Fahrlässigkeit havarieren?

Zwar gilt, dass es nichts Älteres als die Zeitung von gestern gibt. Für ein Mal gilt dies nicht. Die erwähnten, fünf Monate alten Schlagzeilen haben leider nichts an Aktuali-

tät verloren. Nein, sie wurden sogar noch angereichert. Ich denke z.B. an die Diskussionen um die Neuverhandlung oder gar Aufkündigung des Fiskalpakts in der EU; an die Diskussionen um Wachstumsinitiativen, von denen niemand weiss, wie sie finanziert werden sollen – ausser mit dem Griff des unheilbar Süchtigen in den volkswirtschaftlichen Giftschrank: mehr zu billiges Geld, mehr Schulden, mehr Inflation, mehr Umverteilung von Gläubigern zu Schuldern, mehr ungedeckte Wechsel auf die Zukunft. Ich denke weiter an die halbherzigen Arbeitsmarktreformen in Italien; an die nicht finanzierte Reduktion des Rentenalters in Frankreich – einem Staat, der seit Jahrzehnten keine Überschüsse mehr erzielte; an die Bankenkrise in Spanien; an den wieder lautereren Ruf nach einer Vergemeinschaftung von Schulden, was einer weiteren Aufweichung, ja Verletzung des Gebotes gleichkommt, nicht für Verbindlichkeiten anderer Staaten zu haften; an die Diskussion um die direkte Rekapitalisierung spanischer Banken, ja sogar die Einrichtung einer europäischen Bankenunion. Das sind Vorgänge, die fatal an die lange Reihe unzähliger Verletzungen der Maastricht-Kriterien durch EU-Mitglieder erinnern, in die sich auch der heutige Zucht- und Zahlmeister Deutschland einreihet.

Die erwähnten Schlagzeilen offenbaren die finanz- und währungspolitischen Nöte nicht nur von Griechenland und in der EU, sondern auch deren globale Dimension. Sie machen auf Risse innerhalb der EU, aber auch zwischen Kantonen der Schweiz aufmerksam.

Die Schlagzeilen tönen den Rollenwandel der Zentralbanken und den Kampf der Finanzbranche an. Sie unken von der nächsten Immobilienkrise in der Schweiz – vergessen wir nicht, dass in der Vergangenheit den grössten Banken Krisen stets Immobilien Krisen vorangingen und diese regelmässig von hartnäckigen Stagnationsphasen gefolgt waren. Die Schlagzeilen öffnen schliesslich das Blickfeld über die öffentlichen Finanzhaushalte hinaus auf die demografiebedingten Lasten der Vorsorgeeinrichtungen und Sozialversicherungen.

... fordert die Schweiz zwar heraus...

Bei all dem wäre es töricht zu glauben, dass die Schweiz nur zuschauen könnte: die sinkenden Arbeitsplätze auf dem Finanzplatz, rückgängige Übernachtungszahlen ausländischer Touristen, gedrückte Margen in der Exportwirtschaft und die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland sind unübersehbar. Touristen mögen früher oder später wieder in die Schweiz kommen, verlagerte Arbeitsplätze jedoch

bleiben im Ausland. Schliesslich weist die massive Ausdehnung der Devisenreserven der SNB darauf hin, dass sich der Preis für die Verteidigung des Frankenkurses zu zeigen beginnt und die Risiken in der Bilanz der SNB und für die längerfristige Preisstabilität der Schweiz weiter zunehmen. Hinzu kommt, dass aus demografischen Gründen unausweichliche Reformen im Bereich des Gesundheitswesens, der Altersvorsorge und der beruflichen Vorsorge – wenn überhaupt – nur schleppend vorankommen oder – wie bei der Spital- und Pflegefinanzierung – lediglich zu Lastenverschiebungen auf die Kantone führen. Diese sind zudem mit der wenig sichtbaren Last von rund 43 Mrd. konfrontiert, welche die Ausfinanzierung der öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen in den nächsten 40 Jahren kosten wird.

So erstaunt es dann wenig, wenn die Langfristperspektiven der EFD zu den öffentlichen Haushalten in der Schweiz ein für die Kantone düsteres Bild zeigen: es sind die Sozialversicherungen und die Kantone, welche die demografiebedingten finanzpolitischen Konsequenzen zu schultern haben.

Aussenpolitisch wird die Schweiz ebenfalls in die Zange genommen: zahlreiche, auch aussereuropäische Staaten wie die USA und Japan befinden sich in einer schwierigen bis dramatischen finanzpolitischen Situation. Sie bemühen sich darum, ihr Steueraufkommen zu erhöhen und die Steuerflucht ins Ausland einzudämmen. Sie drehen im Land an der Steuerschraube, fordern mehr Transparenz und Informationsaustausch und verschärfen ihr Aussensteuerrecht. Als nicht-kooperativ und als Tiefsteuerländer wahrgenommene Staaten werden auf „schwarze Listen“ gesetzt.

... aber belässt ihr eine relative Attraktivität und zahlreiche Spitzenpositionen

...

Die Schweiz gerät hier zwangsläufig ins Fadenkreuz. Auch wenn wir es aus der Innensicht manchmal etwas anders sehen mögen: die Schweiz als Standort hat ihre Stellung relativ verbessert: bei allem Gerumpel um die mathematische oder inhaltliche Konkordanz haben wir eine hohe politische Stabilität: etwas Geknirsch und Gezänk rund um den Bundesrat erschüttern die Schweiz nicht. Wir haben in 26 Kantonen handlungsfähige Regierungen und auf allen drei staatlichen Ebenen und direkt-demokratische Instrumente als Gegengewichte. Ungeachtet von Unsicherheiten rund um das steuerliche Bankgeheimnis und die Zukunft der kantonalen Steuerregimes

sowie des Tauziehens mit den USA und der EU in Steuerfragen bieten wir eine vergleichsweise hohe Rechts- und Planungssicherheit.

Unter diesem Aspekt ist die Frage berechtigt, ob Revisionen am Kapitaleinlageprinzip wirklich der Weisheit letzter Schluss sind. Vereinzelt Schnellschüsse wie z.B. die Energiewende können zwar abgefeuert werden. Bis sie ins Ziel treffen, dauert es jeweils eine Weile – selbst in Belangen, wo angesichts des rascheren Wandels des internationalen Umfelds etwas mehr Eile angezeigt wäre. Steuer-, Fiskal-, Defizit-, Verschuldungs-, Arbeitslosen- und Beschäftigungsquoten stempeln uns zum Musterknaben – alles meines Erachtens auch eine Folge des im November 2010 vom Volk erneut bestätigten Steuerwettbewerbs. Die Härte unserer Währung ist über die Jahrzehnte betrachtet eine einzigartige Erfolgsgeschichte – zwar zum kurzfristigen Erschwernis für die Exportwirtschaft, aber zum langfristigen Nutzen der Volkswirtschaft. Die Abwehr der Angriffe auf die geld- und währungspolitische Unabhängigkeit der Nationalbank in der vergangenen Frühjahrsession der Eidgenössischen Räte und das wiederaufflammende Geschwätz um die Preisgabe des Mindestkurses des Frankens sind jedoch nicht zu unterschätzen. Spitzenplätze bezüglich Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit, Wirtschaftsfreiheit, Standortqualität bis hin zur Lebensqualität und sogar zum Glücksempfinden der Bevölkerung sind der Schweiz regelmässig sicher. Beleg dafür ist die ungebrochen hohe Zuwanderung auch von qualifizierten Leuten in die Schweiz – auch wenn diese bisweilen nur als Sündenböcke für weggeschnappte Wohnungen und Sitzplätze im öffentlichen Verkehr oder längere Staus auf den Strassen wahrgenommen werden. Ohne die Betriebsblindheit von uns Alteingesessenen scheint die **Attraktivität der Schweiz intakt** zu sein.

... dank institutionellen Vorzügen.

Das ist meines Erachtens im Wesentlichen auf den Föderalismus und die direktdemokratischen Instrumente auf allen drei staatlichen Ebenen zurückzuführen. **Direkt-demokratische Instrumente und finanzpolitische Regeln sind wirksame Stolpersteine auf dem Weg in die Defizit- und Schuldenwirtschaft. Der Föderalismus schützt vor Übertreibungen** und verhindert, dass fehlgeschlagene politische Experimente gleich auf das ganze Land durchschlagen. Der Föderalismus erlaubt den Versuch mit Reformen im kleineren Rahmen, die dann bei Erfolg von anderen übernommen werden. Kein Wunder, dass wir uns mit grossen Reformen in zentral gesteuerten Bereichen schwerer tun. Ich denke da an die Reform unserer Sozialwer-

ke, an den Umbau der Mehrwertsteuer und den Systemwechsel beim Eigenmietwert. Die Neugestaltung von Finanzausgleich und Aufgabenteilung ist da die leuchtende Ausnahme, welche die Regel bestätigt. Aufpassen müssen wir, dass Reformen im zentralen Bereich nur noch auf Nebenkriegsschauplätzen stattfinden, die vermeintlich keine bzw. eben nur nicht-organisierte Verlierer kennen. Ich bemühe jetzt nicht gleich z.B. die Gesetzgebung für den Umgang mit gefährlichen Hunden, sondern erwähne aus dem Steuerbereich den Feuerwehrsold, den Parteispendenabzug und das Bausparen. Solche „Reformen“ können in ihrer Kumulation wertvolle Energien und Ressourcen absorbieren und zu einer Reformmüdigkeit führen, welche Elan und Spielräume für grössere und wichtigere Reformen lähmt bzw. beschneidet.

Die drei Regeln

Wenn ich mich frage, was angesichts dieser zahlreichen und riesigen Herausforderungen zu tun ist, so stelle ich **drei Regeln** auf.

Die **erste Regel** lautet: „**Berücksichtige stets die Option Nichtstun!**“ Ich bin mir bewusst, dass dies eine für einen Politiker ungewöhnliche, ja fast ungebührliche Aussage ist. Politik ist auf Handeln, nicht auf Unterlassen angelegt. Politiker sind gewählt, um etwas zu tun, nicht um die Hände in den Schoss zu legen. Und dennoch: die Probleme, vor denen wir stehen, sind zu einem grossen Teil Frucht zu grosser, an Wahlperioden orientierter Aktivität der Politik, welche Staaten an die Grenze ihrer Handlungsfähigkeit und darüber hinaus getrieben hat. Im Zentrum stehen die zu lockere Geldversorgung in den USA in der Ära Greenspan und die zu extensive Wohneigentumsförderung der Administration Clinton. Nichtstun kann heissen, dass wir Erfolgsfaktoren der Schweiz, wie z.B. den eine tiefe Staats- und Fiskalquote begünstigenden Föderalismus, die direktdemokratischen Instrumente, die finanzpolitischen Regeln, die Unabhängigkeit der SNB und das duale Berufsbildungssystem nicht antasten. Nichtstun kann heissen, dass wir im Zweifel regulierende Eingriffe in die Wirtschaft unterlassen, um nicht in den Strudel von immer mehr und tiefgreifenderen Eingriffen zu geraten, weil die ursprünglichen Eingriffe eben doch nicht die erhoffte Wirkung entfalteteten. Nichtstun heisst, dem Staat keine weiteren Lasten und Aufgaben überbürden. Nichtstun kann heissen, dass wir Verlockungen des Gutgemeinten widerstehen. Nach KURT TUCHOLSKY ist das Gegenteil von gut das Gutgemeinte. Europa beginnt sich punktuell darauf zu besinnen: bezüglich der Förderung von Wind- und Sonnenenergie scheint derzeit eine Götterdämmerung einzusetzen. Man

wird sich bewusst, dass das Gutgemeinte uferlose Kosten für die öffentlichen Haushalte, die Wirtschaft und die Privaten sowie eine Umverteilung von unten nach oben zur Folge hat. In der Schweiz wird die Cleantech-Branche noch gepriesen für die Schaffung subventionierter Arbeitsplätze – doch die in ihrem Schatten vernichteten Arbeitsplätze sieht man nicht. Das erinnert mich an die Auseinandersetzung um das Bausparen: dessen Befürworter sahen nur die aus–gelöste Wertschöpfung in der Baubranche. Dass die Subventionen von allen Steuer–zahlenden berappt werden müssen und deren Mittel auch produktiveren Alternativen der Wertschöpfung entzogen werden, wurde konsequent ausgeblendet.

Mit anderen Worten wurde die **zweite Regel** „**Beachte die Opportunitätskosten deines Tuns!**“ missachtet – ein stupender ökonomischer Anfängerfehler. Wenn die Politik die Opportunitätskosten ihres Tuns stets bedenken würde und dieses grundlegende Konzept verinnerlicht hätte, wäre es um die öffentlichen Haushalte und die Wachstumsperspektiven von Volkswirtschaften bedeutend besser bestellt.

Ich komme zur **dritten Regel**: „**Investiere nicht nur in reale, sondern auch in institutionelle Infrastrukturen!**“ Ob der Diskussion um die Staatsverschuldung wäre es ein Kurzschluss zu glauben, allein mit etwas mehr Schuldenbremsen und Sparsamkeit in den öffentlichen Haushalten käme man wieder auf den Wachstumspfad. Das ist zwar notwendig, aber nicht hinreichend. Hinter allem geht es um Produktivität, Leistungsbilanzen, Lohnstückkosten, kurz um die Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Länder auf dem globalen Markt – und diese lässt sich nur mit Investitionen in Infrastrukturen in einem weit verstandenen Sinne sichern. Ich denke hier zwar auch an Investitionen im klassischen Sinne wie Schienen-, Strassen- und Versorgungsnetze. Ich denke aber vor allem an Infrastrukturen wie Bildung und Forschung. Hier besonders an die Berufsbildung und den Forschungstransfer. Ein Angebot von Ingenieuren lockt Unternehmen neu an oder hindert sie am Wegzug. Institutionelle Infrastrukturen im Sinne von regulatorischen Rahmenbedingungen der Güter-, Dienstleistungs- und Arbeitsmärkte sowie der Systeme der Besteuerung und der sozialen Sicherung sind ebenfalls einzubeziehen.

Ein Weniger an Bürokratie und die liberale Regulierung des Arbeitsmarktes sind ebenso ein Standortfaktor wie die Nähe zu einem Flughafen oder günstige Steuern. Das haben z.B. italienische Unternehmer erkannt, welche – hoher Franken hin oder her – Produktionsstätten im Tessin aufbauen.

Überhaupt gilt es, den Gedanken der Investition in der Politik wieder besser zu verankern. Der Gedanke, dass heutiger Konsumverzicht künftigen und langfristigen Nutzen ermöglicht, droht in der Politik, die von Sonntagszeitung zu Sonntagszeitung hechelt und sich im permanenten Wahlkampf befindet, vergessen zu gehen. Viele sprechen von Nachhaltigkeit. Manche davon meinen es zwar ernst mit der langfristigen Schonung natürlicher Ressourcen, vernachlässigen aber gleichzeitig die Knappheit finanzieller Ressourcen für die langfristige Finanzierung öffentlicher Haushalte und von Sozialversicherungen. So kommt es, dass wir zwar auf unsicherem Grund eine langfristige Klima- und Energiepolitik anstreben, aber z.T. dieselben Kreise vor den Notwendigkeiten einer nachhaltigen Sozialversicherungspolitik den Kopf in den Sand stecken, obschon hier die demografischen Fakten solider sind.

Ich komme zum **Schluss**: ich bin mir bewusst, dass diese drei Regeln therapeutisch für die aktuellen Herausforderungen wenig bringen. Es wäre gar zu überraschend, wenn der Finanzdirektor eines mittelgrossen Schweizer Kantons das Allheilmittel für alle Übel der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftswelt locker aus dem Ärmel schütteln könnte – ein Allheilmittel, nach dem Heerscharen von Experten, Politikern und Wissenschaftlern seit langem vergeblich suchen. Aber ich bin unbescheiden genug, um zu behaupten, dass die Befolgung der drei Regeln präventiv etwas bewirkte – so dass die Therapie nicht nur wie heute in der Wahl zwischen Pest und Cholera bestünde.